RHEINBLICK

DIE ZEITUNG DER BONNER SPD. 01/2016

MIETEN UND HAUSPREISE EXPLODIEREN

Bonner Wohnungsmarkt mit Problemen.

BONN. DIE BUNDESSTADT WÄCHST. Aber mit der wachsenden Bevölkerungszahl steigen Mieten und Hauspreise nicht nur, sie explodieren regelrecht: Eine Auswertung von Wohnungsanzeigen ergibt, dass in verschiedenen Lagen die realen Mietpreise von den Preisempfehlungen des aktuellen „Mietspiegels“ für die Stadt Bonn um bis zu 40 Prozent nach oben abweichen! Auch die Hauspreise ziehen davon: Seit 2007 sind sie im Durchschnitt um gut 40 Prozent gestiegen. Dabei wird in Bonn gebaut, aber vor allem hochwertig und exklusiv. Doch im mittleren und unteren Preissegment ist der Wohnungsmarkt angespannt. Viele Familien können sich einen Hauskauf nicht leisten. Alleinstehende und ältere Menschen finden keine kleineren Wohnungen. Die SPD mahnt: Es fehlt an preiswertem, öffentlich gefördertem Wohnraum. Denn um den Bedarf zu decken, braucht Bonn mehr als 3.000 neue Wohnungen pro Jahr.

ZU TEUER UND SCHÄDLICH FÜR BONN!

SPD: Aus für die Südtangente nötig, um Bonner Verkehr in den Griff zu bekommen

Seit 50 Jahren streitet die Region über die Südtangente, den Neubau einer Autobahnverbindung von der A3 durch den Ennert, über die Südbrücke, durch den Kottenforst zur A61. BefürworterInnen sehen darin einen Beitrag für Bonns Verkehrsprobleme, die GegnerInnen warnen vor mehr Abgasen, mehr Lärm und der Zerstörung der Naherholungsgebiete.

Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber fordert das endgültige Aus für das Projekt noch aus einem anderen, wenig bekannten Grund: Es brächte mehr Stau, da viel Durchgangsverkehr durch Bonn geleitet würde. Laut Planungsunterlagen des Bundesverkehrsministeriums rechnet man mit 48.000 Kraftfahrzeugen pro Tag auf der Südtangente, davon 10.000 Lastwagen.

Auf den heute schon vollen Bonner Brücken ginge es dann noch viel enger zu: 13.000 PKW und 2.000 LKW mehr müsste die Südbrücke dann aushalten, bei der Nordbrücke wären es 6.000 PKW und 5.000 LKW.

„Es wäre ein Riesenfehler, so viel Verkehr mitten durch unsere Stadt und das Rheintal zu lenken“, betont Ulrich Kelber. Und verweist auf die immensen Kosten, die die SteuerzahlerInnen für die Südtangente aufzubringen hätten: Mindestens 700 Millionen Euro, Stand 2012(!). „Lasst diese Dino-Planung aus den 60er Jahren endlich sterben“, appelliert Bonns Bundestagsabgeordneter an die Verantwortlichen in der Region Bonn.

Dr. Helmut Redeker, planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, ergänzt: „Um die Verkehrsprobleme in und um Bonn zu bekämpfen, ist in unseren Augen zielführender, sinnvolle Projekte umzusetzen, die tatsächlich den BonnerInnen zu Gute kommen. Beispielsweise könnte ein stärker auf die Kundenwünsche ausgerichteter ÖPNV viele Bonner BürgerInnen zu einem Wechsel vom Auto zu Bus und Bahn motivieren.“ Auch ein Fahrradvermietsystem, das ideal mit dem Nahverkehr verbunden ist, sei eine Option.

„Unser Ziel ist, das hohe Aufkommen im Individualverkehr zu senken. Mehr Straßen zu bauen, wie etwa die Südtangente, ist dabei keine Lösung!“, hält Dr. Helmut Redeker fest.

Südtangente brächte mehr Stau in Bonn

EDITORIAL

LIEBE BONNERINNEN UND BONNER,

Sie halten den ersten RHeinblick in Händen, die neue Zeitung der Bonner SPD. Wir haben uns vorgenommen, Sie bis zu viermal im Jahr zu informieren: Über Wichtiges so wie wir es sehen und wie es andere vielleicht nicht tun.

Zurzeit ist im politischen Diskurs viel vom „postfaktischen Zeitalter“ die Rede. Auf Fakten käme es heute nicht mehr an; Politik soll quasi aus dem Bauch heraus gemacht werden. Das halte ich für falsch, ja sogar verantwortungslos.

Daher wollen wir mit unserem RHeinblick aktuelle politische Fragen aufgreifen, Hintergründe geben und Ihnen die Sichtweise der SPD dazu vorstellen. Wir werden dabei weder etwas beschönigen, noch schlecht reden.

Den Anfang macht das Thema Wohnen. Unsere Stadt hat da ein Problem: zu wenige Wohnungen führen zu hohen Mieten. Wer in Bonn wohnen will, muss viel bezahlen. Das können sich gerade junge Familien und Ältere bald nicht mehr leisten. Inzwischen hat fast jeder Zweite in Bonn Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein.

Woran das liegt und was wir dagegen tun wollen, können Sie nun im RHeinblick lesen. Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre und einen besinnlichen Advent.

Ihr

Gabriel Kunze · Herausgeber und Vorsitzender der Bonner SPD

MIETPREISSPIEGEL

Rechtssicherheit durch Transparenz

Eigentlich dient der „Mietpreisspiegel“ dazu, Klarheit über die ortsüblichen Vergleichsmieten zu schaffen. Da er auf umfangreichem Datenmaterial basiert, hat er bei Streitigkeiten auch vor Gericht Gewicht. Nun aber wird er selbst zum Zankapfel: Ein Gutachten bestreitet, dass der im Sommer 2016 für Bonn beschlossene „Mietpreisspiegel“ den notwendigen wissenschaftlichen Standards entspricht. Weil die Datengrundlage nicht repräsentativ sei und es an Mietpreisspannen fehle, wird dessen Aufhebung empfohlen. „Dieser Ansicht sind wir nicht“, stellt Peter Kox, SPD-Stadtverordneter und Sozialausschussvorsitzender, klar. „Es geht ja gerade darum, bei den Mietpreisen keinen großen Spielraum zu lassen, um Rechtssicherheit zu schaffen. Eine Aufhebung des von den Vereinen und der Stadt gemeinsam herausgegebenen „Mietpreisspiegels“ komme nicht in Frage.

„BEUELER PERSPEKTIVEN“: AM 4. MÄRZ 2017 SIND SIE GEFRAGT!

In jeder Stadtgesellschaft steckt großes Potenzial an Ideen, wie man das Zusammenleben in der Stadt besser gestalten kann. Jeder Stadtbezirk in Bonn hat seine ganz eigenen Voraussetzungen. Das gilt für Beuel oder den Bonner Norden ebenso wie für Bad Godesberg. Bei der „Bad Godesberg-Konferenz“ diskutierten Mitte November über 150 BürgerInnen auf Einladung der SPD.

An neun Thementischen wurden alle wichtigen Themen des Stadtteils besprochen: Innenstadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft, Wohnen, Bildung, Tourismus, Freizeit, Sport und Kultur. Die TeilnehmerInnen waren sich einig: in einer wachsenden Stadt werden die Stadtbezirke für das Zusammenleben immer wichtiger. Auch Beuel hat als Stadtbezirk wichtige Perspektiven. Die SPD Beuel lädt Sie deshalb am 4. März 2017 dazu ein, Ihre Ideen bei den „Beueler Perspektiven“ (www.beueler-perspektiven.de) einzubringen.

Denn bezahlbares Wohnen oder die Verkehrsplanung sind in der ganzen Stadt ein Thema. 2017 sind Sie gefragt! Auf der „Beuel-Konferenz“ werden Ihre Vorstellungen, Ideen und Anregungen diskutiert.

v.l.n.r.: Felix v. Grünberg, Hannelore Kraft

Mieterberatung

MITUNTER BIS NACH MITTERNACHT

45 Jahre ist es nun schon her, dass Bernhard „Felix“ von Grünberg die Mieterberatung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn gegründet hat. Seither berät er mit einer Schar wechselnder ehrenamtlicher HelferInnen jeden Donnerstag ab 18 Uhr MieterInnen, die Ärger mit HausbesitzerInnen haben. Außerdem unterstützt er bei Behördengängen, zum Beispiel bei der Stadtverwaltung und dem Jobcenter. Ein Grundsatz besteht dabei von Anfang an: Es gibt keine Terminvergabe und keine Wartelisten. Wer kommt, wird noch am selben Tag beraten. Das bedeutet aber für die BeraterInnen oft, dass ihre Arbeit bis nach Mitternacht dauert. So viel Einsatz war Grund genug für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, zum Jubiläum die Sprechstunde der SPD-Fraktion zu besuchen und die Menschen kennenzulernen, die bei Felix Hilfe suchen.

TIPP 1:

DIE HEIZUNG BLEIBT KALT? WAS TUN?

VermieterIn kontaktieren und schriftlich eine Frist zur Behebung des Ausfalls setzen. Fordern Sie ggf. Elektro-Heizungen an. Schreiben Sie täglich die Temperatur in Ihrer Wohnung auf - nur so können Sie später Ansprüche geltend machen!

TIPP 2:

WINTERDIENST: WER MUSS RÄUMEN UND STREUEN?

Für das Streuen und Räumen im Winter sind generell die EigentümerInnen zuständig. MieterInnen müssen räumen, wenn es im Mietvertrag steht. Geräumt werden müssen Eingangsbereich und Gehwege vor dem Haus (ein etwa 1 Meter breiter Streifen).

TIPP 3:

SILVESTER: WIE LANGE DARF GEBÖLLERT WERDEN?

Zum Jahreswechsel ist die übliche Ruhezeit ab 22 Uhr außer Kraft, damit um Mitternacht traditionell „geböllert“ werden kann. Sprechen Sie sich mit Ihren NachbarInnen ab, um sich zu Jahresbeginn unnötigen Ärger zu ersparen.

Kennedybrücke

Quartiersmanagement:

HILFE IN ALLEN LEBENSLAGEN

Nachbarschaft und Gemeinschaft fördern, wo gesellschaftliche Strukturen sich noch nicht selber tragen – diese Aufgabe übernehmen mittlerweile in einigen Bonner Stadtteilen sogenannte Quartiersmanagements. Diese Einrichtungen organisieren viele Freizeitangebote für die im Viertel lebenden Menschen. Aktionen für alle BürgerInnen vom Spielenachmittag für Kinder bis zum Tanztee für SeniorInnen, gemeinsame Ausflüge und Sportangebote. AnwohnerInnen finden Unterstützung und Hilfe bei nahezu allen Problemen und Themen des täglichen Lebens. Die MitarbeiterInnen stehen mit Rat und Tat zur Seite. Kein Wunder, dass die Einrichtungen für die Nachbarschaft in den Stadtteilen eine immer größere Rolle spielen. Daher ist es gut, dass Politik und Verwaltung die Arbeit der Quartiersmanagements, Nachbarschaftszentren und Stadtteilvereine schätzen und unterstützen. Drei von ihnen haben seit einem Beschluss des Hauptausschusses Anfang Dezember nun Planungssicherheit für 2017 und 2018: Pennenfeld (Träger: Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG, Arbeiterwohlfahrt Bad Godesberg, Caritasverband für die Stadt Bonn e.V.), Macke-Viertel (Träger: DRK Kreisverband Bonn) und Lannesdorf/Obermehlem (Träger: Evangelische Frauenhilfe im Rheinland e.V.). Daneben wird demnächst ein weiteres Quartiersmanagement im Auerberg eingerichtet. „Auerberg ist ein wachsender multikultureller Stadtteil. Es ist daher richtig und notwendig, hier die Engagierten bei ihrer wichtigen Arbeit für den sozialen Zusammenhalt zu unterstützen“, freut sich Angelika Esch, Stadtverordnete und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Peter Kox:

DAS KONZEPT FÜR BEZAHLBARES WOHNEN STEHT!

Peter Kox (37), Ratsherr und Vorsitzender des Sozialausschusses, ist Historiker und arbeitet als Büroleiter des Bonner Landtagsabgeordneten Bernhard „Felix“ von Grünberg. Nächstes Jahr kandidiert er für die SPD bei der Wahl zum Landtag.

Rb: Bonn hat wenig Platz, braucht aber Wohnungen. Wie bekommen wir das hin?
Kox: Unsere Stadt verfügt in der Tat nur über sehr wenig Bauland. Daher geht es nicht ohne Verdichtung.

Rb: Das kann aber Ärger mit der Nachbarschaftgeben!
Kox: Darum wird man vorher das Gespräch mit den BewohnerInnen suchen müssen. Aber jede nicht gebaute Wohnung verknappt das Angebot und erhöht so die Mieten und Immobilienpreise. Ohne Neubau verschlechtert sich die Situation für alle.

Rb: Welche Art von Wohnungen brauchen wir in Bonn?
Kox: Die Statistiken weisen darauf hin, dass wir in Zukunft insbesondere Wohnungen mit 1-2 Zimmern benötigen – möglichst preiswert. Die Zahl allein wohnender Menschen nimmt stetig zu, vor allem auch unter älteren Menschen.

Rb: Wie kann man das erreichen?
Kox: Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn fordert eine feste Quote von 30 Prozent an öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Fast jede dritte Neubauwohnung wäre dann im Mietpreis gedeckelt. Bauvorhaben müssen insgesamt beschleunigt und besser koordiniert werden.

Rb: Warum geschieht das aber bislang nicht?
Kox: Zum einen ist die schwarz-grüne Ratsmehrheit in der Vergangenheit oft eingeknickt, wenn sich Widerstand gegen Neubauprojekte regte. Immerhin soll, wie von uns gefordert, im Katasteramt nun Personal aufgestockt werden, um Bauanfragen zügiger zu bearbeiten.

Rb: Fehlt es denn an Geld?
Kox: Nein. Häufig konnten vorhandene Fördermittel wegen Personalmangels erst gar nicht beantragt werden. Es fehlt vor allem an Courage, mit den BürgerInnen in einen ehrlichen Dialog zu treten und für diese wichtige Frage der Daseinsvorsorge die erforderlichen Mittel in die Hand zu nehmen.

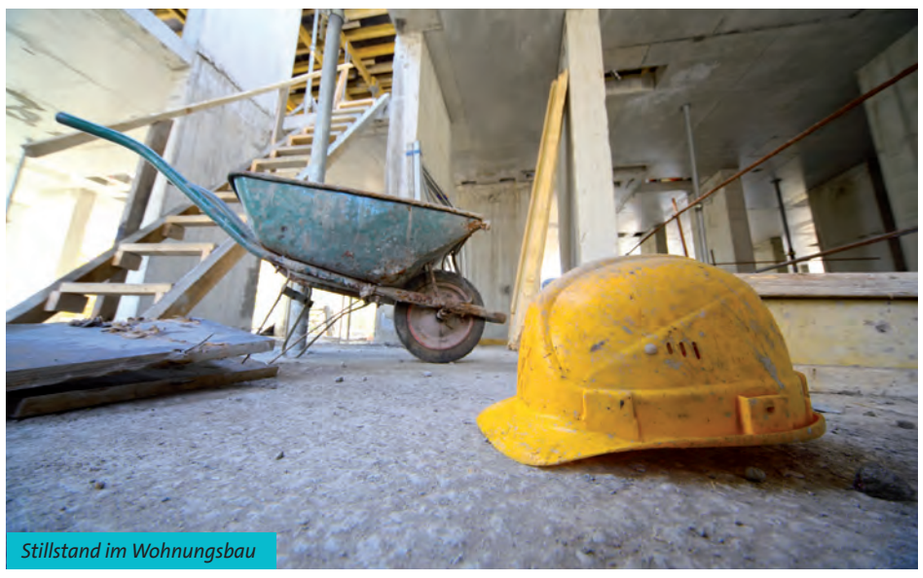
Rb: Warum ist das eine für die Stadtentwicklung so wichtige Frage?
Kox: Für das Zusammenleben in Bonn ist eine bunte Mischung aus Menschen verschiedener Herkunft, Berufe und Einkommensgruppen wichtig. Wenn die Wohnungspreise aber Menschen mit niedrigeren Einkommen an den Stadtrand drängen, gefährdet dies den Zusammenhalt in Bonn und schafft neue soziale Brennpunkte.

Rb: Peter Kox, vielen Dank für dieses Gespräch.

MASTERPLAN WOHNEN FÜR BONN

30 Prozent öffentlich geförderter Wohnungsbau sind unverzichtbar

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat gemeinsam mit der Bonner SPD und den Abgeordneten in Land und Bund ein Konzept für die kommunale Wohnungspolitik entwickelt, das ein Bündel von Maßnahmen vorsieht, um den Stillstand im Wohnungsbau zu überwinden: So soll eine Übersicht geeigneter Bauflächen erstellt werden. Das Katasteramt der Stadtverwaltung soll personell aufgestockt werden, um Bauvorhaben schneller planen und umsetzen zu können. Eine 30 Prozent-Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau soll dafür sorgen, dass etwa jede dritte Neubauwohnung mit Mietpreisbindung errichtet wird. Zuletzt wurden in Bonn nur 60 mietpreisgebundene Wohnungen gebaut – aber 660 Wohnungen fielen zugleich aus der Preisbindung heraus. Das Eigenkapital der städtischen Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG soll erhöht werden, damit bereitstehende öffentliche Fördermittel in vollem Umfang verbaut werden können, ohne sie verfallen lassen zu müssen. Mehr Bürgerinnen und Bürger sollen sich direkt an Wohnbauprojekten beteiligen können, gefördert durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie Genossenschaftsmodelle oder spezielle Fonds der Sparkasse Köln/Bonn.



Stillstand im Wohnungsbau

Drei Fragen – drei Antworten

WOHNEN IN BONN

RHeinblick hat drei Fragen an die Vorsitzende der VEBOWAG, Karin Robinet, den Vorsitzenden der Eigentümervereinigung Haus&Grund“, Prof. Dr. Hans Rudolf Sangenstedt, und den Geschäftstellenleiter des Mietervereins Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V. in Siegburg, Jürgen Schönfeldt gestellt:

1. **Viele VermieterInnen halten sich nicht an den Bonner Mietspiegel. Was kann man dagegen tun?**
2. **Die 30%-Quote ist in aller Munde. Wie ist Ihre Position zum Für und Wider?**
3. **Mietpreise sind auch Marktpreise, die in einem Stadtteil höher, im anderen niedriger sind. Was bedeutet das für das soziale Gefüge in unserer Stadt?**

Frau Robinet informiert, dass laut NRW-Gesetz die Mietsteigerung in Bonn auf 15% in drei Jahren gedeckelt sind, und empfiehlt, mehr preisgebundene Wohnungen zu bauen, um das Mietniveau zu begrenzen. In Bonn fehlten davon etwa 7.500. Eine Mindestquote bei Neubauten hält sie für nötig, zeigt aber, dass es noch andere Mittel zum Schutz eines guten sozialen Gefüges gibt.

Prof. Sangenstedt glaubt, dass Verstöße gegen den Mietspiegel Ausnahmen seien. Zumeist sei das Verhältnis zwischen MieterInnen und VermieterInnen gut. Eine Quote für preiswerte Wohnungen lehnt er ab, in Städten sei „Wohnraum nun einmal knapp und teuer“. Das soziale Gefüge vergleicht er mit Orten in den USA und da sehe es in Bonn doch viel besser aus. Keine Probleme.

Herr Schönfeldt rät MieterInnenn zur Nutzung des Mietrechners auf der Webseite der Stadt (www.bonn.de). Er befürwortet die Quote und verweist darauf, dass 50% aller BonnerInnen einen Wohnberechtigungsschein beanspruchen können. Das soziale Gefüge hält er bereits für gestört: „Die Lebenswelten laufen auseinander“.

Die Stellungsnahmen können Sie in voller Länge nachlesen unter
www.Bonner-Rheinblick.de

Historie

BONN ÄLTER ALS KÖLN

Sie wissen sicher längst, dass Bonn viel älter ist als Köln. Das verdankt Bonn unseren keltischen Vorfahren, die schon vor der römischen Eroberung des Rheinlandes hier gelebt hatten. Von ihnen stammt wohl auch der Name Bonn. Aber auch die Römer und die mit ihnen verbündeten Ubier siedelten bereits hier, als die Gegend des heutigen Köln noch menschenleer war. Die Römer jedenfalls siedelten Ubier südlich des späteren Römerlagers an. Ungefähr dort, wo heute die Bonner Oper steht. Erst etwa 5 Jahre vor unserer Zeitrechnung verlegten sie den Hauptort der Ubier „in das siedlungsleere Gebiet des späteren Köln“ (van Rey, Bonner Stadtgeschichte, Bonn 2006) um. Die Gründung dieses „oppidum ubiorum“ hängt mit der nur wenige Jahre später in der Varusschlacht begrabenen Idee der Römer zusammen, ganz Germanien zu erobern. Als älteste Stadt Deutschlands gilt hingegen Trier, die Stadt der Trever, auch das ein keltischer Stamm. Hier sollen die Römer von Anfang an die Errichtung einer Stadt im Sinne gehabt haben, nicht einer Ubier-Siedlung, wie in Köln oder eines Militärlagers, wie in Bonn. Als ältestes Dorf Deutschlands gilt seit dem Fund keltischer Siedlungsspuren auf dem Venusberg: Kessenich. Diese Reste eines Schutzwalls sind gut 6000 Jahre alt. Zu Bonn gehört Kessenich aber erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts.

Obdachlose in Not

RETTUNGSHOTLINE 77 33 33

Wohnungslose Menschen leben im Winter besonders gefährlich. Obwohl in Bonn Nachtquartiere bereitstehen, bleiben manche auch bei Kälte nachts im Freien. Die Stadt Bonn hat eine Hotline eingerichtet, bei der man Menschen, die bei Minusgraden im Freien schlafen, melden kann. Sie werden dann abgeholt und ins Warme gebracht. Wer die Hotline in so einem Fall nutzt, rettet also Leben.

Orient meets Oxident

WAR DER HEILIGE NIKOLAUS EIN TÜRKE?

Nikolaus von Myra stammt aus der Nähe von Antalya und sein Name ist griechischen Ursprungs. Eine Türkei gab es damals noch nicht. St. Nikolaus der an einem 6. Dezember starb, war im 4. Jahrhundert Bischof von Myra (heute Demre). Die ältesten schriftlichen Zeugnisse über ihn sind weit nach seinem Tod entstanden. In der orthodoxen Kirche wird er schon seit dem 6. Jahrhundert verehrt. Bei uns im Rheinland haben ihn fränkische Herrscher im 10. Jahrhundert bekannt gemacht, vermutlich durch Theophanu, die byzantinische Frau des Kaisers Otto II. Nachdem deren Tochter Mathilde in die rheinische Adelsfamilie der Ezzonen geheiratet hatte, stiftete diese Nikolauskirchen und förderte so die Ausbreitung des Nikolauskultes im Rheinland.

Unfassbar viele Legenden künden von seinen Wundern. Dazu gehört die Rettung eines Schiffes aus Seenot, was ihn zum Schutzpatron der Seeleute machte. Tatsächlich soll er sein Vermögen drei Töchtern eines armen Mannes geschenkt haben, damit diese nicht aus Not prostituiert wurden. Diese Spende erklärt vielleicht auch, warum es an Nikolaus vielerorts Geschenke gibt. Übrigens gab es einen weiteren Nikolaus in Myra, ein Abt, der ein Jahrhundert später gelebt hat. Man weiß heute nicht mehr, welche Legende sich auf welchen der beiden bezieht.

Nikolaus von Myra

TROTZ MIETPREISBREMSE … WARUM STEIGEN DIE MIETEN WEITER?

Wer in den letzten Monaten eine neue Wohnung gemietet hat, wird es mit Freude bemerkt haben: Wegen des Gesetzes über das „Bestellerprinzip“ musste er oder sie keine Maklerkosten mehr tragen. Da spart man schnell über 1000 Euro beim Wohnungswechsel.

Nicht so eindeutig das Bild bei der „Mietpreisbremse“, dem zweiten Teil des Gesetzes. Zu viele VermieterInnen halten sich nicht an die gesetzliche Obergrenze für die erlaubte Miete bei MieterInnenwechseln, nämlich höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Viele MieterInnen sind froh, überhaupt eine Wohnung gefunden zu haben und wollen sich nicht gleich mit dem Vermieter oder der Vermieterin streiten. Viele haben auch Angst vor den Kosten eines Prozesses, sollten sie den Rechtsstreit verlieren. Erste Gerichtsurteile zur Mietpreisbremse liegen jetzt vor, immer konnten sich die MieterInnen durchsetzen. Die VermieterInnen mussten die überhöhte Miete absenken und die zu viel gezahlte Miete zurückzahlen. Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber, als Parlamentarischer Staatssekretär im Justiz- und Verbraucherschutzministerium für das Mietrecht zuständig, verhandelt mit dem Koalitionspartner CDU/CSU über weitere Verbesserungen bei der Mietpreisbremse. „VermieterInnen sollen bei Vertragsvorlage angeben müssen, ob und auf welche Ausnahme der Mietpreisbremse sie sich berufen, gegebenenfalls auch die bisher gezahlte Miete angeben müssen. Dann wissen MieterInnen, ob sie erfolgreich gegen eine überhöhte Forderung vorgehen können“, erläutert Kelber.

Aber auch die beste Mietpreisbremse wird nicht helfen, so der Staatssekretär, wenn in Bonn nicht endlich mehr bezahlbare Wohnungen neu entstehen. Andere Städte seien wesentlich engagierter, um mehr Neubau zu ermöglichen, lautet sein Appell an den Bonner Stadtrat.

RHEINBLICK-TIPP:

Um die Chance auf eine Wohnung nicht zu verlieren, kann man die überhöhte Miete auch noch nach Vertragsabschluss rügen. Diese kann dann auf das gesetzlich zulässige Maß reduziert werden. Ein Erklärvideo zu Bestellerprinzip und Mietpreisbremse finden Sie unter
https://youtu.be/iH-CGAUYElw

IMPRESSUM

Herausgeber: Gabriel Kunze
Redaktionsadresse: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Bonn
Clemens-August-Str. 65, 53113 Bonn
Tel. 0228 - 249800, Fax 0228 - 249803
E-Mail: redaktion@spd-bonn.de

Chefredakteur: Alexander-Frank Paul (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Wolfgang Wiemer, Sebastian Welter
Redaktionelle Mitarbeit: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Markt 2, 53111 Bonn
Vorsitzende: Bärbel Richter

Layout & Design: SCHWIND' Agentur für Zukunftskommunikation GmbH, Bonn
Druck: Bechtle Druck und Verlag, Esslingen